

Wochenbericht

Königin-Luise-Straße 5

14195 Berlin

Tel. +49-30-897 89-0

Fax +49-30-897 89-200

www.diw.de

postmaster@diw.de

DIW Berlin

Wirtschaft Politik Wissenschaft

Industrieproduktion gewinnt allmählich an Fahrt

Dorothea Lucke
dlucke@diw.de

Die Industrieproduktion (produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe) wird im laufenden Jahr mit einem realen Zuwachs von 1,6 % stärker als im Vorjahr expandieren. Allerdings war der Einstieg in das Jahr 2004 schwach: Im ersten Quartal hat die Industrieproduktion nur um 0,3 % gegenüber dem Vorquartal zugelegt, während sie noch im vierten Quartal 2003 um 2,1 % gewachsen war. Diese unstete, wenn auch aufwärts gerichtete Entwicklung drückt aus, dass die Unternehmen zwar mit einem Aufschwung rechnen, aber Vorbehalte hinsichtlich seiner Stärke und Breite haben. Dämpfend wirken die schwache inländische Nachfrage und die sehr hohen und teilweise noch steigenden Rohstoffpreise.

Seit dem dritten Quartal 2003 sind die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe aufwärts gerichtet; die Auftragseingänge aus dem Ausland haben im zweiten Halbjahr mit 2,9 % gegenüber der ersten Jahreshälfte etwas stärker zugelegt als die aus dem Inland (1,4 %). Im vierten Quartal schlugen sich die Nachfrageimpulse in einem Anstieg der Produktion um 2,3 % gegenüber dem Vorquartal nieder (Tabellen 1 und 2, Abbildung 1). Dieser Ausklang im Jahre 2003 nährte die Erwartung auf einen baldigen Aufschwung, dessen Antriebskräfte sich zunehmend vom Ausland auf das Inland übertragen.

Prognose bis zum Jahr 2005

Die modellgestützte Prognose der Industriebranchen basiert auf Annahmen und Rahmendaten des Frühjahrsgutachtens der Wirtschaftsforschungsinstitute.¹ Danach gehen in diesem Jahr von der Weltwirtschaft kräftige Impulse aus, während die Binnenwirtschaft – insbesondere der Konsum, aber auch die Investitionen – noch wenig Dynamik aufweist. Die Investitionen im Inland werden erst im kommenden Jahr beschleunigt wachsen; mit der Festigung des Aufschwungs wird sich schließlich auch der private Konsum erholen.

Für den Wechselkurs wurde im Frühjahrsgutachten für den gesamten Prognosezeitraum ein Wert von 1,25 US-Dollar je Euro, wie er sich bis zum ersten Quartal 2004 entwickelt hatte, angenommen. Ebenso wurden für Rohstoffe keine weiteren Preissteigerungen unterstellt.

Nr. 25/2004

71. Jahrgang / 17. Juni 2004

Inhalt

Industrieproduktion gewinnt allmählich an Fahrt Seite **357**

Änderung der Haftungsbedingungen für öffentlich-rechtliche Kreditinstitute: Kaum Probleme für Sparkassen – große Herausforderung für Landesbanken Seite **367**

Zahlenbeilage

Deutsches
Institut f. Wirtschaftsforschung

18. Juni 2004

Zeitschriften

¹ Vgl.: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2004. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 18/2004.

Kasten

Evaluation der Prognosen für das Jahr 2003

Zweimal im Jahr – im Mai und im November – prognostiziert das DIW Berlin die Entwicklung der Produktion für das produzierende Gewerbe insgesamt und für seine Branchen. In die mithilfe multivariater Zeitreihenmodelle erstellten Prognosen gehen als Rahmendaten die Annahmen und Ergebnisse der jeweils letzten Gemeinschaftsdiagnosen ein. Die Branchenprognosen werden auf den im Mai und November stattfindenden Industrietagungen des DIW Berlin vorgestellt, dort mit Experten aus Unternehmen und Verbänden diskutiert und anschließend in einem Wochenbericht des DIW Berlin veröffentlicht.

Um Abweichungen der erwarteten von der tatsächlichen Entwicklung besser zu verstehen, werden die prognostizierten Ergebnisse regelmäßig überprüft und die Unterschiede analysiert.

Die Industrieprognose des DIW Berlin vom Mai 2003 überschätzte die Entwicklung im Jahre 2003: Prognostiziert wurde seinerzeit ein Wachstum von 0,9 %, ¹ tatsächlich aber nahm die Produktion des produzierenden Gewerbes (ohne Baugewerbe) nur um 0,4 % zu. Entsprechend sind auch die Entwicklungen in den meisten Branchen überschätzt worden. Dieses insgesamt zu positive Prognoseergebnis geht auch auf die Vorgaben aus der Gemeinschaftsdiagnose vom April 2003 zurück, bei der die Überschätzung der Inlands- und Auslandsnachfrage dazu führte, dass das gesamtwirtschaftliche Wachstum in Deutschland für 2003 um 0,6 Prozentpunkte zu hoch prognostiziert wurde.

Demgegenüber hat die Wachstumsprognose vom November 2003 für das produzierende Gewerbe (ohne Baugewerbe) von 0,4 % die tatsächliche Entwicklung der Produktion genau getroffen. Auch in den einzelnen Branchen sind die mit den Wachstumsbeiträgen der Branchen gewichteten Fehler nur noch sehr gering. ² Hier wird deutlich, dass bei stimmigen gesamtwirtschaftlichen Prognosen für das In- und Ausland das hier zugrunde gelegte Verfahren zu sehr guten Prognosen führt.

Besonders schlecht vorausgesagt wurde im Jahre 2003 die Entwicklung im Kraftwagenbau. Hier wurde das jahresdurchschnittliche Wachstum der Produktion sowohl im Mai als auch im November unterschätzt; dies lag daran, dass die Produktion im vierten Quartal 2003 unerwartet kräftig – um 5,7 % – ausgeweitet wurde. Die Auftragseingänge wiesen weder in der Zeit davor noch im vierten Quartal selbst einen derartigen Anstieg auf. Die starke Produktionszunahme hatte ihre Ursache in einer branchenbedingten Sonderkonjunktur.

¹ Vgl.: Industrieproduktion: Nur allmähliche Erholung. Bearb.: Dorothea Lucke. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 24/2003, S. 385–394.

² Vgl.: Industrieproduktion: Leichte Erholung im kommenden Jahr. Bearb.: Dorothea Lucke. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 50/2003, S. 794–803.

Vorleistungsgüterproduktion: Schwächephase ist überwunden

Die kräftige Expansion im Ausland in der zweiten Jahreshälfte 2003 führte umgehend zu einem Anstieg der Nachfrage nach deutschen Vorleistungsgütern; in der zweiten Jahreshälfte wuchs sie um saisonbereinigt 5,7 % gegenüber der ersten. Da der Anteil des Auslandsatzes am Gesamtumsatz (im Folgenden auch als Exportquote bezeichnet) bei den Vorleistungsgüterproduzenten mit 39 % vergleichsweise hoch ist, ging von der ausländischen Nachfrage ein starker Impuls auf die Produktion von Vorleistungsgütern aus (Tabelle 1). Hinzu kommt, dass ein großer Anteil von Vorleistungsprodukten in verarbeiteter Form in den Export gelangt und deshalb ein Teil der inländischen Nachfrage nach Vorleistungsgütern ebenfalls von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Ausland abhängt. ² Berücksichtigt man außerdem, dass schon im Herbst

die Erwartung einer positiven Konjunkturübertragung vom Ausland auf das Inland vorhanden war, ³ überrascht es nicht, dass auch die Nachfrage in Deutschland nach Vorleistungsgütern seit dem vierten Quartal 2003 kräftig zugelegt hat. Alles in allem ist der deutliche Anstieg der Produktion seit dem vierten Quartal 2003 ein gutes Indiz dafür, dass die seit Mitte 2002 währende Schwächephase bei den Vorleistungsgüterproduzenten nun überwunden ist.

Der größte Vorleistungsgüterproduzent ist die *chemische Industrie*. Ihre Exportquote liegt mit 52 % weit über dem Durchschnitt der übrigen Vorleistungsgüterproduzenten. Allerdings werden rund 50 % der Exporte der chemischen Industrie von

² Vgl.: Export stützt Beschäftigung. Bearb.: Joachim Schintke und Reiner Stägin. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 9/2003, S. 139–146.

³ Die Branchenvertreter auf der Industrietagung vom November 2003 erwarteten für 2004 ein Wachstum im produzierenden Gewerbe von 2,1 %.

Tabelle 1

Produktion und Auftragseingänge im produzierenden Gewerbe¹

	Struktur ² in %	Produktion ³ Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr				Exportquote ⁴ in %	Auftragseingang ⁵ Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr			
		2003	3. Vj. 2003	4. Vj. 2003	1. Vj. 2004		2003	Insgesamt	Inland	Ausland
								1. Vj. 2004		
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	100,0	-1,0	1,5	1,3						
Vorleistungsgüterproduzenten	36,3	-1,3	1,9	2,6	38,6	6,3	0,1	7,3		
Investitionsgüterproduzenten	34,0	-1,1	2,7	0,5	52,6	4,6	-4,3	4,8		
Gebrauchsgüterproduzenten	3,5	-4,5	-2,2	-2,1	33,4	0,9	-5,5	8,0		
Verbrauchsgüterproduzenten	16,4	-0,8	-0,4	0,7	19,6	-1,8	-11,8	0,4		
Energie	9,8	0,7	0,7	1,6						
Bergbau ⁶	1,7	-4,7	1,1	4,6	7,2					
Kohlenbergbau, Torfgewinnung	0,9	-9,2	3,7	7,6	3,5					
Gewinnung von Erdöl und Erdgas	0,4	7,0	-5,8	-0,7	6,9					
Gewinnung von Steinen und Erden	0,4	-3,2	1,7	2,6	10,6					
Verarbeitendes Gewerbe	91,1	-1,2	1,6	1,2	38,4	4,6	-3,2	5,5		
Ernährungsgewerbe	7,7	0,2	-0,1	1,2	13,3					
Tabakverarbeitung	0,3	-19,7	-18,1	-7,0	9,1					
Textilgewerbe	1,1	-4,3	-4,3	-4,6	37,8	-4,0	-13,5	-0,8		
Bekleidungsgewerbe	0,5	-7,6	-9,8	-6,9	31,9	-8,3	-34,3	-7,8		
Ledergewerbe	0,2	-12,6	-6,5	-3,0	32,0	-3,2	-30,7	0,5		
Holzgewerbe	1,3	-1,2	-0,8	5,8	21,2	8,0	-0,3	10,9		
Papiergewerbe	2,2	3,2	3,2	1,4	36,7	3,2	1,5	2,3		
Verlags- und Druckgewerbe	4,2	-3,2	-2,5	1,6	9,2	0,6	-1,6	1,7		
Mineralölverarbeitung, Kokerei	1,3	-3,6	3,5	-1,0	3,1					
Chemische Industrie	9,1	-2,3	1,2	-0,5	51,6	1,4	-2,3	1,2		
Gummi- und Kunststoffwaren	4,5	0,9	3,1	6,3	33,9	6,5	-0,4	9,4		
Glas, Keramik, Steine und Erden	3,1	-2,4	0,6	2,1	23,5	3,0	-3,8	0,1		
Metallerzeugung und -bearbeitung	3,7	-5,0	-0,2	0,2	38,4	11,1	4,8	14,9		
Metallverarbeitung	8,3	-1,1	1,6	0,8	25,3	7,5	-0,8	13,9		
Maschinenbau	13,2	-1,8	-0,5	0,1	51,3	8,3	-0,4	11,9		
EDV-Geräte, Büromaschinen	0,7	-5,1	-0,6	-5,0	36,4	1,7	-4,5	8,7		
Elektrotechnik	7,4	-1,4	2,1	1,4	36,7	4,9	-1,8	7,4		
Medientechnik	2,5	12,0	16,7	17,8	54,5	11,8	-2,1	13,7		
Mess- und Regeltechnik	3,6	2,8	6,4	3,1	49,3	4,7	-1,8	6,6		
Kraftwagenbau	11,8	-2,8	4,0	1,0	58,4	2,4	-5,8	1,4		
Sonstiger Fahrzeugbau	2,4	5,8	4,0	-3,6	51,3	-3,0	-24,4	-15,6		
Möbel, Spielwaren	2,0	-4,5	-1,7	-1,3	24,4	0,0	-7,2	6,1		
Recycling	0,2	-5,7	-0,5	15,2	25,2					
Energieversorgung	7,2	2,8	0,2	1,6						

¹ Ohne Baugewerbe.

² Anteile in % der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten des produzierenden Gewerbes ohne Bauleistungen. Abweichungen in den Summen durch Rundung.

³ Produktionsindex, 2000 = 100, arbeitstäglich bereinigt.

⁴ Auslandsumsatz in % des Gesamtumsatzes der Betriebe des jeweiligen Sektors.

⁵ Volumenindex, 2000 = 100.

⁶ Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden.

Ländern der Europäischen Union nachgefragt, also von Ländern, deren Wachstum im Prognosezeitraum ähnlich schwach ausfallen wird wie das der deutschen Volkswirtschaft. Im Vergleich zu den anderen großen Industriebranchen in Deutschland sind die Ausfuhren nach China und Russland – den im Prognosezeitraum am stärksten wachsenden Volkswirtschaften – gering.⁴ Entsprechend wird die Expansion der Nachfrage aus dem Ausland nach in Deutschland hergestellten chemischen Erzeugnissen im Prognosezeitraum unter dem weltwirtschaftlichen Wachstum bleiben. Den Ausfuhren von chemischen Erzeugnissen stehen Einfuhren gegenüber, die wertmäßig rund 72 % der Aus-

fuhren betragen. Die Importe stammen zu 42 % aus Ländern außerhalb der EWU, die vom immer noch hoch bewerteten Euro profitieren. Dieser Währungseffekt wird nur zum Teil durch die Verbilligung der in US-Dollar gehandelten Rohstoffe im Euroraum kompensiert, so dass die inländischen Produzenten einem starken Preiswettbewerb durch Anbieter aus Nicht-EWU-Ländern ausgesetzt sind.

Am aktuellen Rand lassen die Konjunkturindikatoren für die chemische Industrie noch keine klaren

⁴ Quelle: Außenhandelsdaten des DIW Berlin.

Tabelle 2

Entwicklung der Produktion¹ und der Auftragseingänge² in ausgewählten Branchen des verarbeitenden Gewerbes

Veränderung gegenüber der Vorperiode in %

	2003	1. Vj. 2003	2. Vj. 2003	3. Vj. 2003	4. Vj. 2003	1. Vj. 2004
Produktion						
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	0,4	0,7	-1,1	0,0	2,1	0,3
Vorleistungsgüterproduzenten	0,6	0,4	-0,4	-0,1	2,3	1,0
Investitionsgüterproduzenten	0,8	1,4	-2,6	0,6	3,4	-1,0
Gebrauchsgüterproduzenten	-5,2	-2,6	-3,0	3,3	0,2	-2,5
Verbrauchsgüterproduzenten	-0,8	-0,6	0,3	-0,4	0,4	0,2
Energie	2,5	2,6	0,9	-2,6	0,0	3,4
Verarbeitendes Gewerbe	0,2	0,5	-1,3	0,3	2,3	0,0
Ernährungsgewerbe	0,4	-1,2	2,1	-0,6	-0,6	0,3
Chemische Industrie	0,3	2,4	-1,0	-1,9	1,9	0,6
Metallerzeugung und -bearbeitung	-1,9	-0,9	-2,4	-0,3	3,7	-0,7
Metallverarbeitung	-0,2	-1,4	0,2	0,3	2,5	-2,6
Maschinenbau	-1,7	-0,3	-2,7	1,5	1,1	0,2
Elektro-, Medien-, Regeltechnik	3,5	0,6	-0,8	2,0	3,9	-0,3
Kraftwagenbau	1,9	1,5	-3,0	0,5	5,7	-2,1
Auftragseingang Inland						
Vorleistungsgüterproduzenten	-0,1	-1,0	-1,1	0,1	4,3	1,0
Investitionsgüterproduzenten	1,6	1,1	-1,2	0,2	3,7	0,4
Gebrauchsgüterproduzenten	-6,5	-1,4	-2,8	-1,5	4,1	-3,7
Verbrauchsgüterproduzenten	-4,0	-3,8	-0,6	1,3	1,0	-5,8
Verarbeitendes Gewerbe	-0,1	-0,4	-1,1	0,1	3,8	-0,2
Chemische Industrie	-1,2	-0,6	-0,6	0,9	3,1	-2,9
Metallerzeugung und -bearbeitung	-2,8	-3,8	-4,3	0,3	7,5	3,9
Metallverarbeitung	-2,0	-3,2	-1,0	2,7	1,5	0,7
Maschinenbau	-2,7	-2,8	-0,8	0,0	6,8	-3,2
Elektro-, Medien-, Regeltechnik	4,7	1,2	2,1	-0,8	3,4	-1,8
Kraftwagenbau	1,9	3,5	-4,7	1,4	2,8	2,9
Auftragseingang Ausland						
Vorleistungsgüterproduzenten	3,3	2,1	-3,4	5,7	3,6	0,2
Investitionsgüterproduzenten	0,7	1,8	-2,0	0,6	3,6	1,1
Gebrauchsgüterproduzenten	-7,0	-4,7	-2,5	3,6	2,7	2,4
Verbrauchsgüterproduzenten	2,3	-2,2	1,5	-2,6	7,3	-6,2
Verarbeitendes Gewerbe	1,4	1,5	-2,3	2,2	3,8	0,5
Chemische Industrie	0,3	2,3	-1,9	2,2	2,7	-2,7
Metallerzeugung und -bearbeitung	3,1	-0,1	-1,8	3,3	15,7	-3,6
Metallverarbeitung	4,7	-0,4	2,4	-0,6	2,5	7,7
Maschinenbau	3,8	4,5	-5,8	3,6	11,7	0,8
Elektro-, Medien-, Regeltechnik	5,0	-1,4	-0,5	10,3	-1,5	-0,2
Kraftwagenbau	-2,0	-0,7	-2,9	0,5	2,0	0,3

1 Produktionsindex, 2000 = 100, saisonbereinigt.

2 Volumenindex, 2000 = 100, saisonbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2004

Konturen erkennen, die eindeutig für einen Aufschwung sprechen (Abbildung 2). Die Auftrags-eingänge aus dem In- wie aus dem Ausland hatten zwar in der zweiten Jahreshälfte 2003 zugelegt, gingen aber im ersten Quartal 2004 wieder deutlich zurück. Dieses Unsicherheit ausdrückende Konjunkturbild ist in diesem Frühjahr in vielen wichtigen Branchen zu beobachten und vermittelt die Erwartung eines „Aufschwungs mit Vorbehalten“. Daher ist es wahrscheinlich, dass auch die Produktion der chemischen Industrie, die erst seit dem vierten Quartal 2003 steigt, sich in diesem Jahr zwischenzeitlich

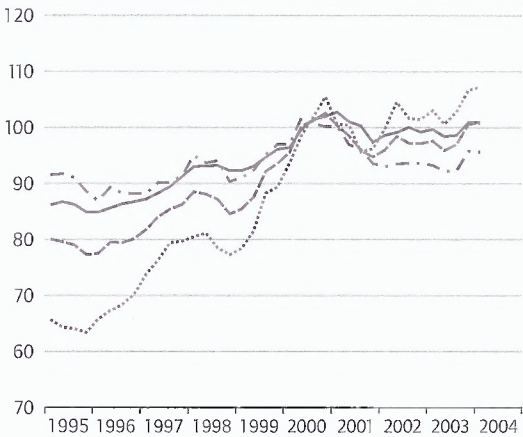
eintrüben und im Jahresdurchschnitt nur um 2,1 % zulegen wird. Im kommenden Jahr dürfte sich das Produktionswachstum aufgrund des stärkeren gesamtwirtschaftlichen Wachstums auf 3½ % beschleunigen (Tabelle 3).

Die Produktionsentwicklung bei der *Metallerzeugung und -bearbeitung*, dem anderen großen Vorleistungsgüter produzierenden Bereich, verläuft demgegenüber günstiger (Abbildung 3). Die Produktion wird zurzeit getrieben vom Lageraufbau in der Branche selbst und in den weiterverarbeiten-

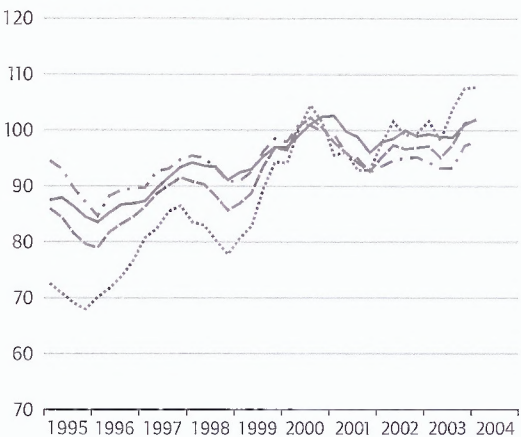
Abbildung 1

Auftragseingang und Produktion nach Hauptgruppen

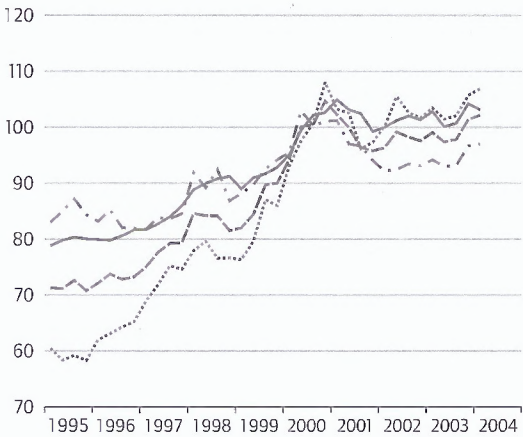
Verarbeitendes Gewerbe
Index 2000 = 100, saisonbereinigt



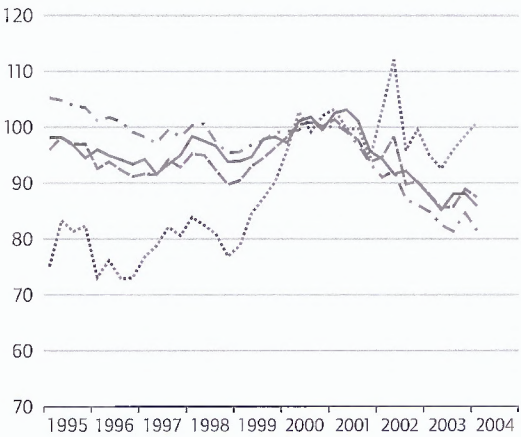
Vorleistungsgüterproduzenten
Index 2000 = 100, saisonbereinigt



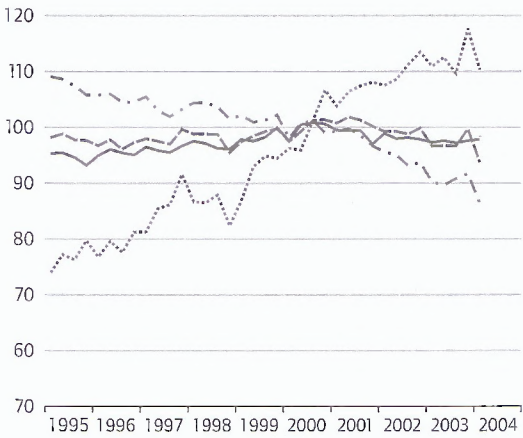
Investitionsgüterproduzenten
Index 2000 = 100, saisonbereinigt



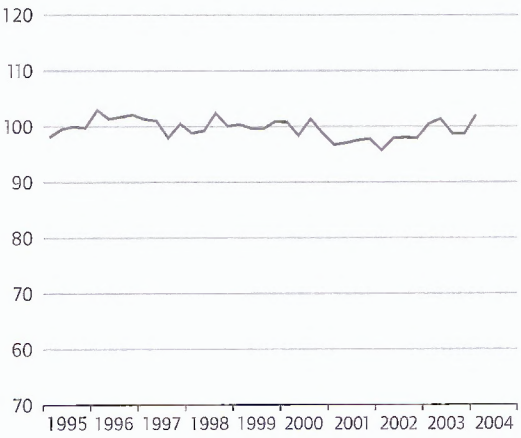
Gebrauchsgüterproduzenten
Index 2000 = 100, saisonbereinigt



Verbrauchsgüterproduzenten
Index 2000 = 100, saisonbereinigt



Energie
Index 2000 = 100, saisonbereinigt



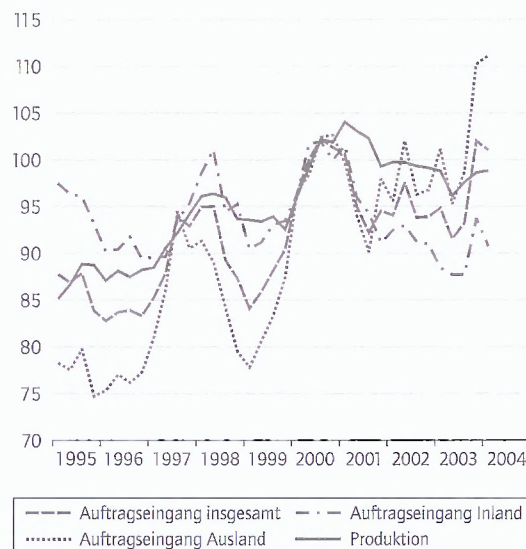
— Auftragseingang insgesamt - - - Auftragseingang Inland Auftragseingang Ausland — Produktion

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Abbildung 4

Maschinenbau**Auftragseingang und Produktion**

Index 2000 = 100, saisonbereinigt



Quelle: Statistisches Bundesamt.

DIW Berlin 2004

halb ist davon auszugehen, dass die Produktion zum Jahresende gedrosselt werden muss und erst im kommenden Jahr wieder steigt. Als jahresdurchschnittliche Wachstumsraten ergeben sich aus diesem Verlauf für dieses Jahr 3,0 % und für das kommende Jahr gut 3 %.

Investitionsgüterproduktion: Hoffnungsträger im kommenden Jahr

Vom Aufschwung insbesondere in außereuropäischen Ländern und der daraus resultierenden Nachfrage profitierten die deutschen Investitionsgüterhersteller zum Jahresende hin kräftig (Abbildung 1). Bei einer Exportquote von 53 % sind die davon ausgehenden Impulse auf die Produktion stärker als in den anderen Hauptgruppen. Hinzu kommt, dass das Wachstum der Nachfrage aus dem Inland seither nur geringfügig unter dem der Auslandsnachfrage liegt. Die Produktion ist dementsprechend im vierten Quartal 2003 kräftig gestiegen (+3,4 % zum Vorquartal) und hat damit – trotz der Schwäche in den ersten Monaten dieses Jahres – den starken Rückgang zu Beginn des Jahres 2003 bereits aufgeholt.

Die Auslandsnachfrage im *Maschinenbau*, der gemessen an der Wertschöpfung größten Branche der Industrie, ist im Jahre 2003 mit 3,8 % besonders stark gestiegen (Abbildung 4). Die Branche zeichnet sich – wenn man nur ihre Produktion von Investi-

tionsgütern betrachtet, also die Herstellung von elektrischen Haushaltsgeräten unberücksichtigt lässt – im Vergleich zum produzierenden Gewerbe durch einen niedrigeren Anteil der Ausfuhren in die EU an den gesamten Ausfuhren aus (produzierendes Gewerbe 53 %, Maschinenbau 46 %). Folglich ist der Anteil an den Ausfuhren in die übrige Welt, in der für den deutschen Maschinenbau China und die GUS-Staaten inzwischen eine erhebliche Bedeutung erlangt haben, überdurchschnittlich hoch. Die Investitionsgüterproduktion des Maschinenbaus wird im Prognosezeitraum mithin in besonders starkem Maße von dem kräftigen Wachstum im außereuropäischen Ausland profitieren, mit dem Ergebnis, dass die Expansion der Nachfrage aus dem Ausland in diesem Jahr noch stärker ausfallen wird als 2003. Auch im kommenden Jahr wird die Auslandsnachfrage kräftig bleiben.

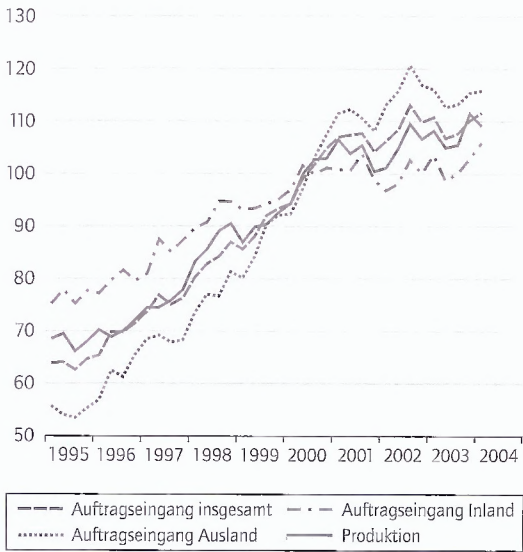
Die Nachfrage aus dem Inland nach Erzeugnissen des deutschen Maschinenbaus hat im vierten Quartal 2003 um 6,8 % zugenommen. Der Rückgang um 3,2 % im ersten Jahresviertel 2004 muss zum Teil als Reaktion auf diesen starken Anstieg bewertet werden. Er beruht aber auch auf der fast zehnprozentigen Einschränkung der Produktion von elektrischen Haushaltsgeräten. Selbst wenn sich deren Produktion im weiteren Jahresverlauf wieder stabilisiert, wird sie im Jahresdurchschnitt 2004 um etwa 6 % unter der von 2003 liegen. Da die Herstellung von elektrischen Haushaltsgeräten nach der WZ 93 zum Maschinenbau gerechnet wird, ergibt sich für den Maschinenbau insgesamt in diesem Jahr ein Wachstum von 1,5 %. Für den Maschinenbau ohne die Herstellung von elektrischen Haushaltsgeräten läge diese Rate bei 2,0 %; sollte sich das Wachstum in einigen außereuropäischen Ländern noch dynamischer entwickeln als hier erwartet – und dafür gibt es aktuell einige Anzeichen –, dann dürfte vor allem der deutsche Maschinenbau davon profitieren. Im kommenden Jahr wird mit der zunehmenden Investitionstätigkeit im Inland auch die Inlandsnachfrage nach Maschinen anziehen, so dass die Produktion des Maschinenbaus um gut 3,5 % zulegen wird.

Der *Kraftwagenbau*, die nach dem Maschinenbau zweitgrößte Branche der deutschen Industrie, hatte im vergangenen Jahr einen Rückgang der Auftrags-eingänge aus dem Ausland um 2 % zu verzeichnen (Abbildung 5). Zeitreihenanalysen haben ergeben, dass die Nachfrage aus dem Ausland nach Fahrzeugen stark auf Bewegungen des Wechselkurses zwischen Euro und US-Dollar reagiert. Diese Reaktion auf Veränderungen der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ist Folge der relativ klar definierten Produkteigenschaften von Fahrzeugen, die Preis-Leistungsvergleiche erleichtern. Da es jüngst wieder eine leichte Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar gegeben hat und angenommen wird,

Abbildung 5

Kraftwagenbau
Auftragseingang und Produktion

Index 2000 = 100, saisonbereinigt



Quelle: Statistisches Bundesamt.

DIW Berlin 2004

dass der Wechselkurs auf diesem Niveau bleibt, wird im Prognosezeitraum wechselkursbedingt nicht mit weiteren bremsenden Einflüssen auf die Nachfrage aus dem Ausland gerechnet. Daher wird sich das starke außereuropäische Wachstum in voller Stärke bemerkbar machen. Zurzeit gehen allein knapp 17 % der Ausfuhren des Fahrzeugbaus in die USA. Im kommenden Jahr, wenn das Wachstum auch in Europa anzieht, wird sich die Nachfrage aus dem Ausland weiter beleben.

In letzter Zeit positiv für den Fahrzeugbau sind auch die Signale aus dem Inland. Die von hier kommenden Auftragseingänge steigen seit dem dritten Quartal saisonbereinigt kräftig. Dies ist u. a. Ergebnis einer höheren Nachfrage der Vermieter von Fahrzeugen und eines wieder zunehmenden Anteils deutscher Marken auf dem heimischen Automarkt. Mit der Festigung des Aufschwungs im Inland wird auch die Nachfrage privater Halter wieder zunehmen.

Vor dem Hintergrund der insgesamt aufwärts gerichteten Nachfrageentwicklung kann es sich bei dem Rückgang der Produktion im ersten Quartal 2004 um saisonbereinigt 2,1 % nur um eine „technische“ Korrektur zum Ausgleich der außerordentlich starken Produktionsausweitung um 5,7 % im vierten Quartal 2003 handeln. Es ist damit zu rechnen, dass sich die positiven Einflüsse im Jahresverlauf durchsetzen und es im Jahre 2004 zu einem Produktionswachstum von 1,9 % kommen wird. Im

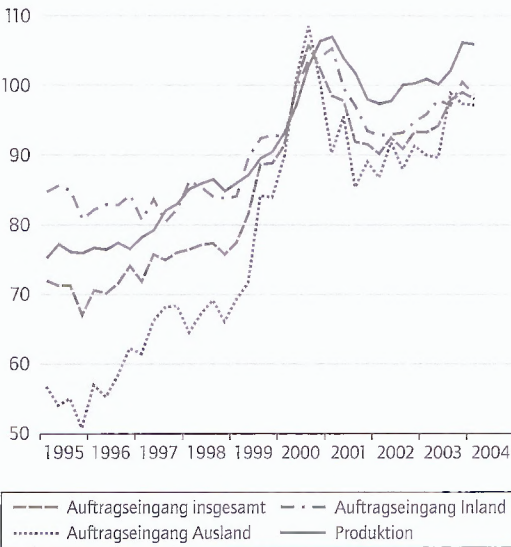
nächsten Jahr wird mit der höheren gesamtwirtschaftlichen Dynamik im Inland die Fahrzeugproduktion um gut 4 % zulegen.

Die *Elektrotechnik i. w. S.* mit den Zweigen Elektrotechnik (WZ-Nr. 31), Medientechnik (WZ-Nr. 32) sowie Mess- und Regeltechnik (WZ-Nr. 33) hatte im vergangenen Jahr im Aus- wie im Inland eine Expansion der Nachfrage um fast 5 % zu verzeichnen, so dass auch die Produktion um 3,5 % zulegte (Abbildung 6). Mit einem Produktionswachstum von 9,6 % im Jahre 2003 expandierte die Medientechnik am stärksten. Das Wachstum dieser Branche wurde erheblich von ihrer Vorleistungssparte, der Herstellung von elektronischen Bauelementen (+14,2 %), getragen. Die Produktionsausweitung ist nicht nur auf den Nachfrageanstieg aus dem Ausland zurückzuführen, sondern auch auf das Plus von 10,3 % bei den Auftragseingängen aus dem Inland. Diese Entwicklung kann durchaus als ein Zeichen für eine sich belebende Produktion der inländischen Investitionsgüterhersteller gewertet werden. Dafür spricht auch, dass einige Investitionsgüterbranchen schon im vergangenen Jahr ihre Produktion ausgeweitet haben. Beispiele dafür sind die Herstellung von datentechnischen Geräten und Einrichtungen (+10,8 %) – Investitionsgütersparte der Medientechnik –, aber auch die Mess- und Regeltechnik (+3,3 %).

Abbildung 6

Elektrotechnik i. w. S.¹
Auftragseingang und Produktion

Index 2000 = 100, saisonbereinigt



¹ Elektrotechnik, Medientechnik, Mess- und Regeltechnik.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2004

Für die Elektrotechnik i. w. S. entwickeln sich die Absatzmärkte im In- und Ausland überdurchschnittlich positiv. Insgesamt kann für diese Branche im laufenden Jahr ein Produktionswachstum von 3,6 % und im kommenden Jahr von 3,8 % erwartet werden.

Gebrauchsgüterproduktion: Weitere Produktionseinschränkungen zu erwarten

Die Nachfrage aus dem Ausland nach in Deutschland hergestellten Gebrauchsgütern – elektrischen Haushaltsgeräten, Möbeln, Rundfunk-, phono- und videotechnischen Geräten – ist seit Mitte 2003 wieder kräftig aufwärts gerichtet; auch im Prognosezeitraum wird sie ihre positive Richtung beibehalten (Abbildung 1).

Die Inlandsnachfrage dagegen ist im Jahre 2003 mit 6,5 % stärker geschrumpft als in den vorangegangenen Jahren. Dafür verantwortlich war ein besonders starker Rückgang der inländischen Nachfrage nach elektrischen Haushaltsgeräten. Deren Hersteller setzen ihre Erzeugnisse zu einer Hälfte in Deutschland, zur anderen im Ausland ab, so dass sich die im Prognosezeitraum entgegengerichteten Entwicklungen im In- und Ausland ungefähr ausgleichen werden und es im Verlauf nicht zu weiteren Produktionseinschränkungen kommen wird.

Bei den Herstellern von Möbeln, Spielwaren u. a. stehen der schon seit 1991 rückläufigen Inlandsnachfrage zunehmende Importe, insbesondere aus Asien und den MOE-Staaten, gegenüber. Letztere entstehen zum großen Teil in deutscher Auslandsproduktion. Dieser Trend wird sich im Prognosezeitraum fortsetzen; die Abwärtsbewegung wird sich allerdings mit der Verbesserung des Konsumklimas in Deutschland verlangsamen. Aufgrund des relativ geringen Anteils des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz von 24 % ist die inländische Nachfrage maßgeblich für die Produktionsentwicklung; diese dürfte deshalb im Prognosezeitraum weiter abwärts gerichtet sein.

Die inländische Nachfrage nach Rundfunkgeräten sowie phono- und videotechnischen Geräten, der zur Medientechnik gehörenden drittgrößten Gruppe von Gebrauchsgütern, verläuft demgegenüber günstiger: Sie hat im vergangenen Jahr um gut 3 % zugelegt und ist mit einem weiteren Anstieg in das neue Jahr gestartet. Zusammen mit der positiven Entwicklung der Auslandsnachfrage wird die Produktion im Prognosezeitraum weiter ausgeweitet werden.

Bei den Gebrauchsgütern insgesamt ist für dieses Jahr noch ein Produktionsrückgang von 1,1 % im

Jahresdurchschnitt zu erwarten. Im kommenden Jahr wird die konjunkturell bedingte Belebung der Konsumnachfrage zu einer leichten Zunahme der Gebrauchsgüterproduktion um etwa 0,5 % führen.

Verbrauchsgüter: Stagnation

Die Verbrauchsgüterproduktion ist im vergangenen Jahr um 0,8 % zurückgegangen (Abbildung 1). Ihre Exportquote beträgt im Durchschnitt 20 %; die beiden wichtigsten Verbrauchsgüter produzierenden Branchen, das Ernährungsgewerbe und die Druckindustrie, sind mit Exportquoten von 13 % und 9 % vergleichsweise stark auf den Inlandsmarkt konzentriert. Angesichts der noch schwachen Verfassung des Inlandsmarktes in diesem Jahr wird sich die Produktion in beiden Branchen unterdurchschnittlich entwickeln.

Die pharmazeutische Industrie als drittgrößter Verbrauchsgüterproduzent setzt demgegenüber 50 % ihrer Erzeugnisse im Ausland ab. Der stabilen Auslandsnachfrage steht in diesem Jahr allerdings eine aufgrund der Gesundheitsreform schwache inländische Nachfrage gegenüber, so dass die pharmazeutische Industrie anders als im vergangenen Jahr die Produktion in diesem Bereich nicht stützt. Die Verbrauchsgüterproduktion wird deshalb im Jahre 2004 von Stagnation geprägt sein. Erst im kommenden Jahr wird sie etwas zunehmen (0,5 %).

Ausblick

Die Produktion im produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) wird in diesem Jahr mit 1,6 % stärker zulegen als die gesamtwirtschaftliche Leistung. Ausschlaggebend dafür ist die positive Entwicklung der Weltwirtschaft, von der die deutsche Industrie aufgrund der starken Exportorientierung profitiert. Belebt sich im kommenden Jahr die Nachfrage aus dem Inland nach Investitionsgütern aufgrund der erwarteten Konjunkturerholung, wird der Aufschwung an Breite gewinnen, so dass für 2005 ein Produktionswachstum von immerhin 2,5 % möglich erscheint. Das ist allerdings nicht viel im Vergleich zum Wachstum in den Aufschwungphasen 1983 bis 1986 und 1997 bis 2000. Damals wurde jeweils schon im zweiten Jahr nach dem Tiefpunkt ein Wachstum von etwa 3 % erzielt.

Sollten die bereits hohen Rohstoffpreise weiterhin auf breiter Basis steigen und die Wechselkursrelation Euro/US-Dollar konstant bleiben, werden Preissteigerungen bei in US-Dollar fakturierten Rohstoffen im Prognosezeitraum nicht mehr wie im vergangenen Jahr wechsellkursbedingt gedämpft werden. Da die steigenden Kosten von den Herstellern roh-

stoffintensiver Produkte nur begrenzt überwältzt werden können, sind insgesamt sinkende Gewinne und eine geringere Investitionstätigkeit mögliche Folgen. Auch wenn Branchen wie der Maschinenbau, die Elektrotechnik oder der Fahrzeugbau von der zusätzlichen Nachfrage rohstoffproduzieren-

der Länder profitieren, so dürften diese positiven Effekte kaum ausreichen, um die negativen zu kompensieren. Sollte dieses Szenario eintreten, könnte der hier skizzierte sich kräftigende industrielle Aufschwung gefährdet sein.

Kasten

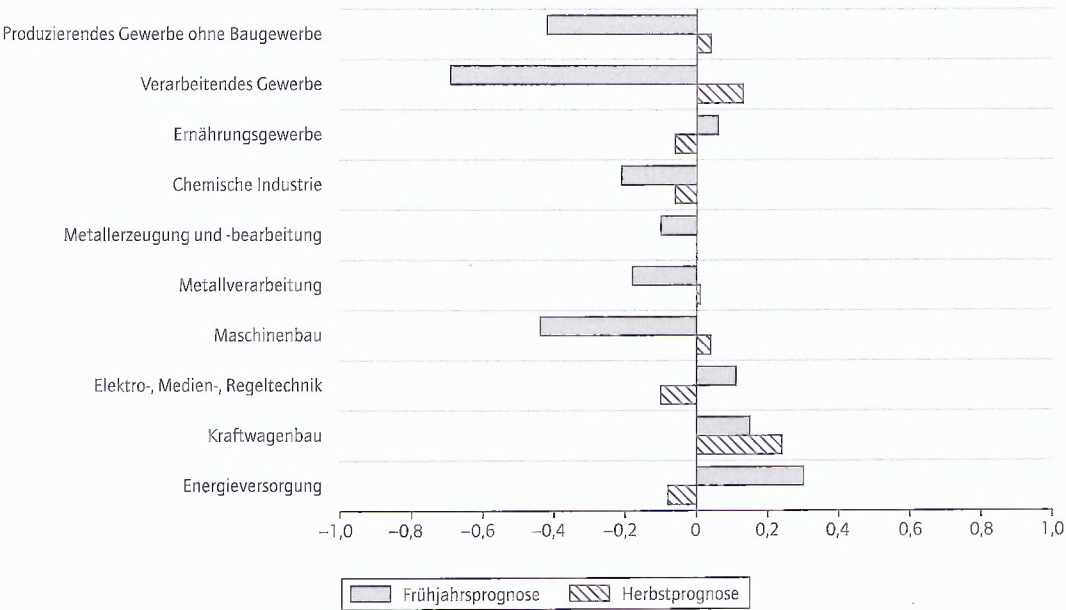
Evaluation der Prognosen für das Jahr 2003

Zweimal im Jahr – im Mai und im November – prognostiziert das DIW Berlin die Entwicklung der Produktion für das produzierende Gewerbe insgesamt und für seine Branchen. In die mithilfe multivariater Zeitreihenmodelle erstellten Prognosen gehen als Rahmendaten die Annahmen und Ergebnisse der jeweils letzten Gemeinschaftsdiagnose ein. Die Branchenprognosen werden auf den im Mai und November stattfindenden Industrietagungen des DIW Berlin vorgestellt, dort mit Experten aus Unternehmen und Verbänden diskutiert und anschließend in einem Wochenbericht des DIW Berlin veröffentlicht.

Um Abweichungen der erwarteten von der tatsächlichen Entwicklung besser zu verstehen, werden die prognostizierten Ergebnisse regelmäßig überprüft und die Unterschiede analysiert.

Abbildung

Prognosen für 2003: Abweichung des tatsächlichen vom prognostizierten Wachstumsbeitrag¹ bei den Prognosen vom Mai und November 2003
In Prozentpunkten



¹ Der Wachstumsbeitrag einer Branche ergibt sich aus seiner Wachstumsrate gewichtet mit dem Anteil der Branche am produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe aus dem Vorjahr.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

Die Industrieprognose des DIW Berlin vom Mai 2003 überschätzte die Entwicklung im Jahre 2003: Prognostiziert wurde seinerzeit ein Wachstum von 0,9 %, ¹ tatsächlich aber nahm die Produktion des produzierenden Gewerbes (ohne Baugewerbe) nur um 0,4 % zu. Entsprechend sind auch die Entwicklungen in den meisten Branchen überschätzt worden. Dieses insgesamt zu positive Ergebnis geht auch auf die Vorgaben aus der Gemeinschaftsdiagnose vom April 2003 zurück, bei der die Überschätzung der Inlands- und Auslandsnachfrage dazu führte, dass das gesamtwirtschaftliche Wachstum in Deutschland für 2003 um 0,6 Prozentpunkte zu hoch prognostiziert wurde.

Demgegenüber hat die Wachstumsprognose vom November 2003 für das produzierende Gewerbe (ohne Baugewerbe) von 0,4 % die tatsächliche Entwicklung der Produktion genau getroffen. Auch in den einzelnen Branchen sind die mit den Wachstumsbeiträgen der Branchen gewichteten Fehler nur noch sehr gering. ² Hier wird deutlich, dass bei stimmigen gesamtwirtschaftlichen Prognosen für das In- und Ausland das hier zugrunde gelegte Verfahren zu sehr guten Prognosen führt.

Besonders schlecht vorausgesagt wurde im Jahre 2003 die Entwicklung im Kraftwagenbau. Hier wurde das jahresdurchschnittliche Wachstum der Produktion sowohl im Mai als auch im November unterschätzt; dies lag daran, dass die Produktion im vierten Quartal 2003 unerwartet kräftig – um 5,7 % – ausgeweitet wurde. Die Auftragseingänge wiesen weder in der Zeit davor noch im vierten Quartal selbst einen derartigen Anstieg auf. Die starke Produktionszunahme hatte ihre Ursache in einer branchenbedingten Sonderkonjunktur.

¹ Vgl.: Industrieproduktion: Nur allmähliche Erholung. Bearb.: Dorothea Lucke: In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 24/2003, S. 385–394.

² Vgl.: Industrieproduktion: Leichte Erholung im kommenden Jahr. Bearb.: Dorothea Lucke: In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 50/2003, S. 794–803.

Änderung der Haftungsbedingungen für öffentlich-rechtliche Kreditinstitute: Kaum Probleme für Sparkassen – große Herausforderung für Landesbanken

Das in Deutschland historisch gewachsene Dreisäulensystem des Bankensektors steht vor wichtigen Veränderungen. Dabei spielt die Umgestaltung des Haftungssystems der öffentlich-rechtlichen Banken eine wichtige Rolle.¹ Diese zielt auf die Vereinheitlichung der Spielregeln für die privaten, genossenschaftlichen und öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute. Bislang gelten für die öffentlich-rechtliche Säule Sonderregelungen in der Haftungsfrage, mit denen Kostenvorteile verbunden sind. Dies wird sich mit der für Mitte 2005 anstehenden Umgestaltung der Rahmenbedingungen ändern. Sparkassen und Landesbanken sind zur Bewältigung der damit verbundenen Aufgaben unterschiedlich gut positioniert. Vor allem auf Seiten der Landesbanken werden erhebliche Anpassungsanstrengungen notwendig sein.

Hella Engerer
hengerer@diw.de

Mechthild Schrooten
mschrooten@diw.de

Aufgrund einer im Jahre 1999 eingelegten Beschwerde der Bankenvereinigung der Europäischen Union hat die Europäische Kommission die deutsche Beihilferegelung „Anstaltslast“ und „Gewährträgerhaftung“ für öffentlich-rechtliche Institute geprüft. Die Anstaltslast bezieht sich auf das Innenverhältnis von Anstalt und Gewährträger. Sie ist zu verstehen als Verpflichtung des Gewährträgers, in der Regel der Gebietskörperschaft, das wirtschaftliche Fortbestehen der Anstalt zu gewährleisten und eventuelle Verluste auszugleichen. Die Gewährträgerhaftung beinhaltet die Haftung der Gebietskörperschaft, bei Insolvenz eines öffentlich-rechtlichen Kreditinstituts die Ansprüche der Gläubiger zu befriedigen. Für diese Haftungsgarantien leistet das Kreditinstitut bislang keine Vergütung an die jeweilige Gebietskörperschaft. Genau dies wurde als entscheidender Wettbewerbsvorteil der Sparkassen und Landesbanken gegenüber den privaten und genossenschaftlichen Kreditinstituten angesehen.

Die EU-Kommission hat daher diese Garantien für nicht vereinbar mit den Prinzipien des gemeinsamen Marktes erklärt und erreicht, dass die bisherige Gewährträgerhaftung nach einer Übergangsfrist abgeschafft und die Anstaltslast modifiziert wird. Diesbezügliche rechtliche Änderungen treten zum 18. Juli 2005 in Kraft.² Staatliche Haftungsgarantien dürfen dann nur noch für Spezialkreditinstitute wie die Kreditanstalt für Wiederaufbau gewährt werden.

Der Wegfall der Gewährträgerhaftung und die Modifikation der Anstaltslast können die Landesbanken und Sparkassen in mindestens zweierlei Hin-

sicht belasten. Zum einen ist mit höheren Gebühren für die (Einlagen-)Sicherung zu rechnen. Zum anderen können die Refinanzierungskosten aufgrund einer künftig schlechteren Bewertung durch Rating-Agenturen steigen. Gegenwärtig besitzen öffentlich-rechtliche Kreditinstitute eine erstklassige Bonität.³ Kritiker des öffentlich-rechtlichen Sektors im deutschen Bankensystem verweisen jedoch darauf, dass das gute Rating vor allem auf die kostengünstigen Haftungsbedingungen zurückzuführen sei.

Kosten der Sicherungssysteme

In Deutschland beruhte der Einlegerschutz lange Zeit auf einem System freiwillig errichteter und organisierter Sicherungsfonds.⁴ Diese gelten als funk-

¹ Die zentralen Aussagen dieses Wochenberichts gehen auf das Gutachten „Untersuchung der Grundlagen und Entwicklungsperspektiven des Bankensektors in Deutschland (Dreisäulensystem)“ für das Bundesministerium der Finanzen zurück. DIW Berlin, Berlin 2004, www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/gutachten/aktuell/index.html

² Für Verbindlichkeiten, die vor der Neuregelung bestanden, wird weiterhin eine Haftung übernommen. Für bis zum 18. Juli 2005 vereinbarte Verbindlichkeiten ist dies nur dann der Fall, wenn deren Laufzeit nicht über den 31. Dezember 2015 hinausgeht.

³ Die Rating-Agentur Fitch hat beispielhaft für den Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen geprüft, ob künftig ein Rating regionaler Verbände möglich ist; vgl. FitchRatings: Rating Regional Associations of German Savings Banks. September 2003, www.fitchratings.com/corporate/reports/report.cfm?rpt_id=183376

⁴ Vgl. zu einer Darstellung der freiwilligen Einlagensicherung Deutsche Bundesbank: Die Einlagensicherung in der Bundesrepublik Deutschland. Monatsbericht, Juli 1992; Deutsche Bundesbank: Die Einlagensicherung und Anlegerentschädigung in Deutschland. Monatsbericht, Juli 2000; Bundesverband Deutscher Banken: Statut des Einlagensicherungsfonds, www.bdb.de/pic/artikelpic/052003/Statut.pdf, Stand Juni 2004; Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken: Statut der Sicherungseinrichtung, www.bvr.de/download/statut_sicherungseinrichtung.pdf, Stand Juni 2004. Im Folgenden werden nur die Grundzüge der Sicherungssysteme vorgestellt.

tional und haben sich über viele Jahre bewährt. Daher wurde keine Notwendigkeit gesehen, gesetzlich vorgeschriebene Sicherungsfonds, wie es sie in anderen Ländern gibt, aufzubauen. Erst aufgrund der EG-Richtlinien zur Mindestharmonisierung der Einlagensicherung und Anlegerentschädigung wurde auch in Deutschland zusätzlich zu den freiwilligen Sicherungssystemen eine gesetzliche Einlagensicherung etabliert.⁵ Diese gewährleistet lediglich den in den EU-Richtlinien festgesetzten Mindestanspruch von 90 % der gesicherten Einlagen bzw. 20 000 Euro je Gläubiger. In Deutschland geht aufgrund des Nebeneinanders der beiden Elemente die Einlagensicherung über die gesetzlichen Mindestvorschriften hinaus.

Die freiwilligen Sicherungssysteme unterscheiden sich zwischen den einzelnen Säulen des deutschen Bankensystems. Der freiwillige Sicherungsfonds privater Banken gewährleistet beispielsweise einen Entschädigungsanspruch in Höhe von bis zu 30 % des haftenden Eigenkapitals. Um diesen Sicherungsanspruch bieten zu können, zahlen die Banken in einen spezifischen Sicherungsfonds der privaten Banken ein. Der allgemeine jährliche Umlagesatz beläuft sich auf 0,3 % der Bilanzposition „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“. Allerdings wird eine an der Bonität der Institute orientierte Klassifizierung vorgenommen. Aufgrund dieser bonitätsabhängigen Differenzierung können sich der tatsächliche und der allgemeine Umlagesatz zwischen den einzelnen Banken unterscheiden.

Im Genossenschaftssektor und im öffentlich-rechtlichen Bankensektor ist die freiwillige Sicherung anders als im Privatbankenbereich organisiert. Bei Ersteren besteht eine Institutssicherung; diese ist nur im indirekten Sinne eine Einlagensicherung. Die Institutssicherung soll vor allem drohenden oder bereits eingetretenen Schwierigkeiten der im Haftungsverbund stehenden Kreditinstitute begegnen und bankenaufsichtsrechtliche Maßnahmen abwenden.

Folgende Institutssicherungen bestehen:

- *Garantiefonds der Genossenschaftsbanken*
Die von den Genossenschaftsbanken zu entrichtenden Grundbeiträge belaufen sich dabei auf 0,5 % bis 2 % der Bilanzposition „Forderungen an Kunden“. Um Stützungsmaßnahmen im Haftungsverbund zu finanzieren, wurden in den vergangenen Jahren Beiträge von 1,1 % bzw. 1,75 % gezahlt.⁶ Ähnlich wie bei der freiwilligen Einlagensicherung der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken wird im Genossenschaftssektor in diesem Jahr ein Klassifizierungsschema eingeführt, das auch die Bonität des jeweiligen Kreditinstituts berücksichtigt.

- *Elf regionale Sparkassenstützungsfonds bzw. Sicherungsreserve der Landesbanken*

Ein regionaler Stützungsfonds soll dabei ein Volumen von 3 % der Forderungen der angeschlossenen Sparkassen gegenüber Kunden aufweisen. Von den Mitgliedsinstituten wurden so lange jährliche Beiträge in Höhe von 0,3 % der Forderungen gegenüber Kunden entrichtet, bis 50 % des in der Satzung festgelegten Gesamtvolumens erreicht waren. Für die restlichen Mittel besteht eine Nachschusspflicht. Falls das Soll aufgrund des Geschäftswachstums steigt oder die Fondsmittel durch Stützungsmaßnahmen unter die Sollgröße gesunken sind, besteht eine Auffüllungspflicht von jährlich höchstens 0,3 % der Bemessungsgrundlage.⁷

Bereits Ende 2003 wurde eine Aufstockung des Haftungsvolumens der Sicherungsfonds von Sparkassen und Landesbanken um 50 % beschlossen,⁸ die zu steigenden Kosten führen kann; die konkrete Belastung für einzelne Institute lässt sich allerdings auch aufgrund der zukünftig geplanten Berücksichtigung der Bonität nur schwer abschätzen.

Zurzeit besteht im öffentlich-rechtlichen Sektor ein Spannungsverhältnis durch das gleichzeitige Bestehen von freiwilligen Stützungsfonds sowie staatlichen Haftungsgarantien in Form von Gewährträgerhaftung und Anstaltslast. In der Vergangenheit galt der Grundsatz, dass bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten zunächst der Gewährträger Hilfsmaßnahmen leistet, bevor der (regionale) Stützungsfonds einspringt. Grundsätzlich bedeutet diese Regelung einen Vorteil der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute gegenüber Genossenschaftsbanken und privaten Kreditinstituten. Es ist daher davon auszugehen, dass mit den Veränderungen der Haftungsbedingungen die Kostenbelastung der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute durch das freiwillige Sicherungssystem in Zukunft steigt.⁹

Rating der Landesbanken

Ratings sind aufwendig und werden in der Regel nur für große Unternehmen bzw. Banken durchge-

⁵ Die EG-Richtlinien wurden mit Inkrafttreten des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes (ESAEG) zum 1. August 1998 in nationales Recht umgesetzt. Vgl. Deutsche Bundesbank, a. a. O., Juli 2000.

⁶ Vgl. Financial Times Deutschland: Genossenschaftsbanken erhöhen Risikovorsorge. 10. März 2003, www.ftd.de/ub/fi/1047031830814.html?nv=5wn

⁷ Deutsche Bundesbank: Die Einlagensicherung in der Bundesrepublik Deutschland. Monatsbericht, Juli 1992.

⁸ Deutscher Sparkassen- und Giroverband: Sparkassen-Finanzgruppe beschließt Weiterentwicklung des gemeinsamen Haftungsverbundes. Pressemitteilung vom 18. Dezember 2003, www.dsgv.de/; Sven Matthiesen und Alexander Fest: Haftungsverbund: Risikoorientierte Beiträge und Aufstockung des Volumens. In: Sparkasse, Nr. 3, 2004, S. 155–156.

⁹ Vorgesehen ist auch eine Orientierung des Beitragssatzes an der Bonität der jeweiligen Sparkasse. Vgl. Sven Matthiesen und Alexander Fest, a. a. O.

Tabelle

Rating von Banken und Risikoaufschläge

Rating	Risikoaufschlag in %
D	14,00
C	12,70
CC	11,50
CCC	10,00
B-	8,00
B	6,50
B+	4,75
BB	3,50
BBB	2,25
A-	2,00
A	1,80
A+	1,50
AA	1,00
AAA	0,75

Quelle: New York University, Leonard N. Stern School of Business, www.pages.stern.nyu.edu/~adamodar/, Stand: November 2003.

DIW Berlin 2004

führt. Innerhalb der öffentlich-rechtlichen Säule des deutschen Bankensystems sind es vor allem die Landesbanken, die einer Bewertung von Rating-Agenturen unterzogen werden. Bereits im Vorfeld der anstehenden Veränderungen der Haftungsbedingungen für öffentlich-rechtliche Kreditinstitute haben wichtige Rating-Agenturen deutlich gemacht, dass es künftig zu einer Herabstufung der Bonitätseinschätzung von Landesbanken kommen könnte. So hat Standard & Poor's im November 2003 eine Klassifizierung von acht Landesbanken für die Zeit nach der ordnungspolitischen Veränderung vorgenommen und erklärt, dass diese neue Klassifizierung nicht bei AAA, sondern vielmehr je nach Landesbank zwischen A+ und BBB liegen würde.¹⁰ Konkrete Angaben über die Zuordnung der Klassifizierungen zu einzelnen Landesbanken wurden nicht veröffentlicht.

Legt man die Tabelle zugrunde, so führt die Reklassifizierung der Landesbanken entsprechend den Angaben von Standard & Poor's zu einer deutlichen Verschärfung der Refinanzierungsbedingungen: Der dann zu leistende Risikoaufschlag würde zwischen 1,5 % und 2,25 % liegen. Abzüglich des bereits durch das AAA-Rating zugrunde gelegten Risikoaufschlags von 0,75 % ergibt sich ein zusätzlicher Risikoaufschlag in der Bandbreite von 0,75 bis 1,5 Prozentpunkten.

Kostenbelastung steigt vor allem für die Landesbanken

Die Kostenbelastung der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute aufgrund der veränderten Haftungsbedingungen lässt sich nicht unmittelbar berechnen. Das DIW Berlin hat jedoch ein so genanntes

Basisszenario entwickelt, das der Abschätzung der Kosten dienen soll.¹¹ Dabei wird angenommen, dass sich auch künftig die Bilanzstruktur des öffentlich-rechtlichen Sektors an der Praxis im Referenzjahr 2002 orientieren wird. Angesichts der geltenden Übergangsfristen bis 2015 wird ein entsprechender Zeithorizont zugrunde gelegt. Vereinfachend werden den Sparkassen allein die Mehrkosten im Rahmen des Sicherungssystems zugerechnet, den Landesbanken ausschließlich die Kosten des veränderten Ratings. Aus Gründen der Vereinfachung und Transparenz bleibt auch die Überwälzung der aus den ordnungspolitischen Veränderungen entstehenden Kosten innerhalb des öffentlich-rechtlichen Bankensektors ausgeblendet.

Es wird angenommen, dass die Sparkassen erhöhte Beiträge für die Sicherung aufwenden müssen. Als Orientierungsgröße für deren schwer abzuschätzende künftige Kostenbelastung wird der im Rahmen der genossenschaftlichen Institutssicherung geleistete Beitragssatz herangezogen (zuletzt 1,75 ‰). Diese Referenzgröße liegt offenbar am oberen Rand der derzeit von deutschen Banken getragenen Belastungen.¹²

Bei den Landesbanken werden die höheren Refinanzierungskosten annahmegemäß durch die gestiegene Risikoprämie verursacht. Dabei sind unterschiedliche Risikoaufschläge denkbar. Als „worst case“ werden zusätzliche Kostenbelastungen in der Höhe von einem Prozentpunkt angenommen. Dieser Wert lässt sich mit den Angaben von Standard & Poor's zur zukünftigen Reklassifizierung der Landesbanken begründen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) geht in seiner jüngsten Studie zum deutschen Bankensektor von einer Belastung in Höhe von 0,4 bis 0,6 Prozentpunkten aus.¹³ Bezugnehmend auf die optimistischere Einschätzung des IWF wird hier als Referenzwert für den „best case“ eine zusätzliche Kostenbelastung von 0,4 Prozentpunkten angesetzt. Aus den Annahmen lassen sich folgende Kostenbelastungen für die unterschiedlichen Banktypen des öffentlich-rechtlichen Sektors ableiten:

- *Sparkassen*

Ende des Referenzjahres 2002 erreichten die Forderungen gegenüber Kunden bei den Sparkassen einen Anteil von 69 % an der Bilanzsumme.

¹⁰ www.standardandpoors.com/, Stand: November 2003.

¹¹ Grundsätzlich dienen Szenarien nicht der Prognose, sondern vielmehr einer systematischen Darstellung mehrerer möglicher Zukunftsentwicklungen. So erleichtern sie eine analytische Annäherung an potentielle Entwicklungspfade. Sie werden vielfach zu Hilfe gezogen, um Handlungsoptionen zu diskutieren.

¹² In der Berechnung wird näherungsweise ein Beitrag der Sparkassen von 0,3 ‰ angenommen und damit eine künftige Erhöhung des impliziten Beitragssatzes der Sparkassen um 1,45 ‰ unterstellt.

¹³ International Monetary Fund: Germany Selected Issues. IMF Country Report, No. 03/342, Washington, D.C. 2003.

Für diese Einlagen wären unter den veränderten Rahmenbedingungen annahmegemäß zusätzliche Beiträge in den Sicherungsfonds zu zahlen. Dabei würden den Sparkassen zusätzliche Kosten von etwa 0,1 % der Bilanzsumme entstehen.¹⁴ Legt man den Gewinn vor Steuern im Jahre 2002 von etwa 0,35 % der Bilanzsumme zugrunde, so bliebe der Sparkassensektor auch unter den veränderten Rahmenbedingungen im Gewinnbereich.

- *Landesbanken*

Ende des Referenzjahres 2002 hatten die verbrieften Verbindlichkeiten der Landesbanken einen Anteil an der Bilanzsumme von knapp 31 %. Ein Risikoaufschlag von einem Prozentpunkt („worst case“) würde zu einer Kostenbelastung in der Größenordnung von 0,3 % der Bilanzsumme führen. Im angenommenen „besten Fall“ (Risikoaufschlag 0,4 Prozentpunkte) würde die zusätzliche Kostenbelastung bei 0,12 % der Bilanzsumme liegen. Angesichts der Tatsache, dass die Landesbanken im Jahre 2002 einen Gewinn vor Steuern von knapp 0,07 % an der Bilanzsumme hatten, würden die Landesbanken in der Summe unter den hier angenommenen veränderten Refinanzierungsbedingungen in die Verlustzone geraten. Für die einzelnen Landesbanken kann sich die Situation aber unterschiedlich darstellen. Aus diesem Ergebnis kann daher kein Schluss auf die genaue Belastung einer bestimmten Landesbank gezogen werden.

Die durch die Veränderung der rechtlichen Rahmenbedingungen zu erwartenden Kostenbelastungen treffen Sparkassen und Landesbanken also unterschiedlich. Der Sparkassensektor würde unter den hier getroffenen Annahmen in der Gewinnzone bleiben, während sich die Lage der Landesbanken prekärer gestaltet. Hier besteht ein erheblicher Handlungsbedarf. Oder anders ausgedrückt: Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass insbesondere die Landesbanken bislang noch nicht ausreichend auf die anstehenden ordnungspolitischen Veränderungen vorbereitet sind.

Fazit und Ausblick

Der öffentlich-rechtliche Bankensektor hat in Deutschland nicht nur ein hohes Gewicht, sondern

er nimmt aufgrund der bislang gewährten staatlichen Haftungsgarantien auch eine Sonderstellung ein. In der Vergangenheit wurden die Haftungsgarantien des öffentlich-rechtlichen Bankensektors u. a. mit gesellschaftlichen Aspekten (z. B. Versorgung breiter Bevölkerungsschichten mit Finanzdienstleistungen) und speziellen Förderaufgaben (z. B. Kredite für kleine und mittlere Unternehmen) begründet. Derzeit deutet einiges darauf hin, dass der öffentlich-rechtliche Bankensektor von den besonderen Spielregeln in der Vergangenheit profitieren konnte. Nach Abschaffung der Haftungsgarantien wird dieser Wettbewerbsvorteil entfallen.

Die Veränderung der Haftungsbedingungen wird für öffentlich-rechtliche Kreditinstitute mit einer höheren Kostenbelastung verbunden sein. Erwartet wird, dass diese bei den Sparkassen sehr moderat ausfällt. Dagegen wird sich die wirtschaftliche Lage von Landesbanken eher verschärfen. Diese Einschätzung bezieht sich jeweils auf den aggregierten Sparkassen- bzw. Landesbankensektor; die Lage einzelner Sparkassen oder einzelner Landesbanken kann durchaus davon abweichen. Für jedes Geldinstitut ist es daher von zentraler Bedeutung, dass die nach dem Inkrafttreten der rechtlichen Veränderungen im nächsten Jahr beginnende Übergangsphase sinnvoll für eine Anpassung der Geschäftsstrategie genutzt wird.

Der Internationale Währungsfonds hat dem deutschen Bankensektor insgesamt eine relativ hohe Stressresistenz bescheinigt. Die Rendite ist jedoch seit längerem eher unterdurchschnittlich. Um die Stabilität des deutschen Bankensektors dauerhaft zu gewährleisten, scheint die Installation eines säulenübergreifenden funktionsfähigen Frühwarnsystems notwendig.¹⁵ Ein solches System würde es ermöglichen, Spannungen und Verwerfungen frühzeitig zu erkennen und krisenhafte Zuspitzungen anzuzeigen. Den Akteuren würde so ausreichend Zeit für eine angemessene Gegenreaktion zur Verfügung stehen.

¹⁴ Zur Berechnung: Anteil der Forderungen gegenüber Kunden an der Bilanzsumme * angenommener Beitragssatz.

¹⁵ Wichtige Schritte zur Implementierung eines solchen Systems wurden inzwischen von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) eingeleitet; so will die Behörde ein elektronisches System zur Risikoprüfung einrichten, das sich allerdings auf Sparkassen und Genossenschaftsbanken konzentriert. Vgl. Financial Times Deutschland: BaFin: Aufsicht per Knopfdruck. 9. Juni 2004.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Berlin

Ole Langniss and Barbara Praetorius

How Much Market Do Market-Based Instruments Create? An Analysis for the Case of White Certificates

In the context of economic instruments for more energy efficiency and climate protection, tradable certificates have been investigated for renewable energy and for a number of emissions. In contrast, tradable energy efficiency – or “white” – certificates have only lately been considered as a market-based tool to foster energy efficiency as compared to standards and labelling, for example. Theoretically, there is little doubt about the advantages. In practice, however, some fundamental problems arise. Critical issues are the design of an efficient artificial market for “white” certificates, its compatibility with the European emissions trading system, the identification of a suitable target group for an energy efficiency obligation and the measurement of energy savings as compared to a reference use of energy. We use the theoretical framework of Transaction Cost Economics to elaborate these issues. We conclude that transaction costs and investment specificity will restrict markets for “white” certificates in practice. Long-term contracts rather than spot trade will be the prevailing form of governance for energy efficiency investments.

Discussion Paper No. 425

Juni 2004

Salvador Barrios, Holger Görg and Eric Strobl

Foreign Direct Investment, Competition and Industrial Development in the Host Country

This paper analyses the impact of foreign direct investment (FDI) on the development of local firms. We focus on two likely effects of FDI: a competition effect which deters entry of domestic firms and positive market externalities which foster the development of local industry. Using a simple theoretical model to illustrate how these forces work we show that the number of domestic firms follows a u-shaped curve, where the competition effect first dominates but is gradually outweighed by positive externalities. Evidence for Ireland tends to support this result. Specifically, applying semi-parametric regression techniques on plant level panel data for the manufacturing sector we find that while the competition effect may have initially deterred domestic firms' entry, this initial effect has been outpaced by positive externalities making the overall impact of FDI largely positive in this country.

Discussion Paper No. 426

Juni 2004

Die Volltextversionen der Diskussionspapiere liegen von 1998 an komplett als pdf-Dateien vor und können von der entsprechenden Website des DIW Berlin heruntergeladen werden (www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/diskussionspapiere).

Erratum

Im Wochenbericht Nr. 23/2004 auf S. 337 wurde in der Legende zu Abbildung 5 (Einschätzung der wichtigsten Absatzmärkte) die Zuordnung der Bezeichnungen der Balkensegmente vertauscht. Sie sind in umgekehrter Reihenfolge zu lesen: Das erste Segment bedeutet „Entwicklung nicht einschätzbar“, das zweite „deutlich schrumpfen“ usw., das letzte „deutlich wachsen“.

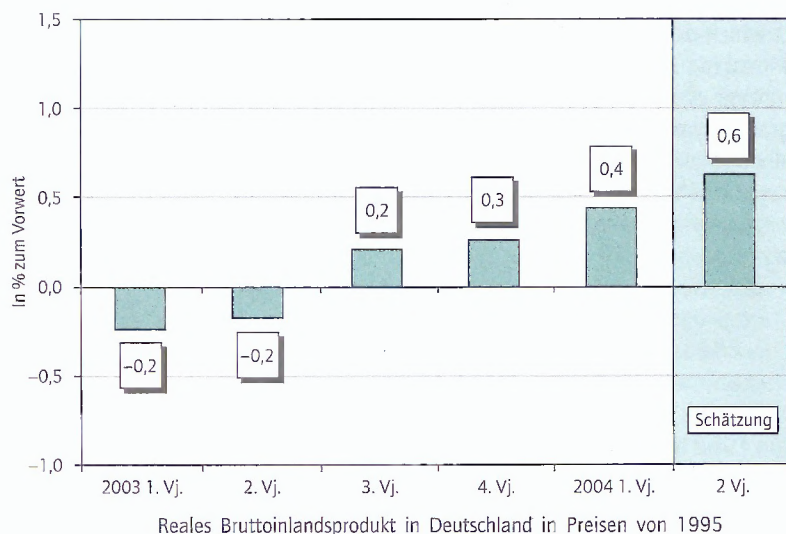
Das DIW-Konjunkturbarometer

Stand: 10. Juni 2004

Deutsche Wirtschaft im Aufwind

Nach einem besseren Start als erwartet in das Jahr 2004 hat sich die kräftige Erholung der gesamtwirtschaftlichen Produktion fortgesetzt. Die vorliegenden Indikatoren deuten auf ein robustes Wachstum im zweiten Jahresviertel (0,6 % gegenüber dem Vorquartal). Die Impulse kommen hauptsächlich aus dem Ausland; die Auftragseingänge haben sich trotz des hohen Euro-Kurses merklich ausgeweitet. Auch die Umsätze der Investitionsgüterhersteller in Deutschland konnten deutlich zulegen und signalisieren, dass der weltweite Aufschwung allmählich auf Deutschland übergreift. Im Einzelhandel waren die Umsätze im Zweimonatsdurchschnitt (April und März) spürbar aufwärts gerichtet. Die Verbraucherstimmung ist allerdings nach wie vor verhalten. Die privaten Konsumausgaben blieben damit auch im zweiten Jahresviertel hinter dem allgemeinen Aufwärtstrend zurück. Doch dürften sie nach vier Quartalen mit einem negativen Vorzeichen (bzw. keinem Wachstum im Jahresanfangsquartal) nunmehr leicht steigen. Bestimmend für die aktuelle Konjunktur ist die außenwirtschaftliche Belebung. Die weltweite Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen aus Deutschland zeigt, dass die deutsche Wirtschaft mit dem Rückenwind der Auslandskonjunktur die lange Phase der Stagnation nun überwindet. Für einen durchgreifenden Aufschwung ist die Binnennachfrage derzeit aber noch zu schwach.

Das DIW-Konjunkturbarometer



DIW Berlin 2004

Das DIW Berlin präsentiert monatlich das DIW-Konjunkturbarometer als einen Indikator für die aktuelle Konjunkturtendenz in Deutschland. Es zeigt die Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts für das abgelaufene bzw. laufende Quartal und stellt damit die gesamtwirtschaftliche Entwicklung dar. Die Berechnung des DIW-Konjunkturbarometers basiert auf monatlichen Indikatoren, die – abhängig vom Zeitpunkt der Berechnungen – mehr oder weniger Schätzelemente enthält. Dem hier vorgestellten Konjunkturbarometer liegen für die Mehrzahl der verwendeten Indikatoren offizielle Werte des Statistischen Bundesamtes zugrunde.

Das DIW-Konjunkturbarometer wird regelmäßig auch auf der Homepage des DIW Berlin veröffentlicht (www.diw.de/produkte/konjunkturbarometer).

Impressum

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)
Dr. Tilman Brück
Dörte Höppner
PD Dr. Gustav A. Horn
Dr. Kurt Hornschild
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Bernhard Seidel
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Axel Werwatz, Ph. D.
Prof. Dr. Christian Wey
Dr. Hans-Joachim Ziesing

Redaktion

Dr. Elke Holst
Jochen Schmidt
Dr. Mechthild Schrooten

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-897 89-249
presse@diw.de

Verlag

Verlag Duncker & Humblot GmbH
Carl-Heinrich-Becker-Weg 9
12165 Berlin
Tel. +49-30-790 00 60

Bezugspreis

Jahrgang Euro 120,-
Einzelheft Euro 11,-
Zuzüglich Versandkosten
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter www.diw.de

Konzept und Gestaltung

kognito, Berlin

Druck

Druckerei Conrad GmbH
Oranienburger Str. 172
13437 Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung
– auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Abteilung
Information und Organisation zulässig.

Deutschland**noch: Ausgewählte saisonbereinigte Konjunkturindikatoren¹**

		Beschäftigte im Bergbau und im verarbeitenden Gewerbe		Produktion²										Umsätze des Einzelhandels		Außenhandel (Spezialhandel)²			
				Verarbeitendes Gewerbe		Investitionsgüter- produzenten		Gebrauchsgüter- produzenten		Verbrauchsgüter- produzenten		Bauhaupt- gewerbe				Ausfuhr		Einfuhr	
		in 1 000		2000 = 100										Mrd. Euro					
		mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.
2002	J	6 290		98,5		100,3		95,4		98,7		91,3		99,8		52,5		41,8	
	F	6 272	6 287	97,9	99,0	98,5	100,1	93,2	94,4	98,5	99,4	93,8	93,0	100,3	100,4	53,3	161,3	43,0	129,0
	M	6 255		100,6		101,5		94,6		101,1		93,8		101,0		55,5		44,1	
	A	6 240		97,4		99,9		91,5		95,8		90,4		100,2		53,2		42,5	
	M	6 225	6 233	98,4	98,5	99,5	100,8	89,8	91,8	98,7	97,3	88,4	89,0	99,6	99,9	53,2	161,4	42,4	128,8
	J	6 211		99,8		103,0		93,9		97,5		88,3		100,1		55,1		43,9	
	J	6 200		99,3		101,3		91,2		97,4		87,7		101,3		53,7		42,8	
	A	6 187	6 194	99,9	99,8	102,2	101,8	90,8	91,0	97,6	97,9	87,4	87,5	101,5	100,9	55,0	164,2	44,3	131,4
	S	6 178		100,1		101,8		91,1		98,7		87,5		100,0		55,5		44,3	
	O	6 169		99,2		101,2		90,1		97,8		85,9		100,8		55,3		44,1	
	N	6 157	6 163	100,1	99,5	102,1	101,5	90,1	89,5	99,1	98,2	86,5	85,3	100,2	100,1	56,3	166,6	43,8	132,5
	D	6 146		99,2		101,2		88,3		97,6		83,3		99,2		54,9		44,6	
2003	J	6 189		99,5		102,1		88,0		97,4		85,4		101,1		55,4		45,7	
	F	6 180	6 175	100,0	99,0	103,9	102,0	89,1	87,7	97,4	96,7	80,7	83,5	101,0	100,3	55,3	164,3	44,5	134,7
	M	6 170		97,5		100,0		85,8		95,3		84,3		98,8		53,6		44,6	
	A	6 161		100,1		101,8		88,1		99,4		86,9		101,2		54,5		44,2	
	M	6 153	6 157	99,1	99,0	102,0	100,7	87,7	86,3	96,6	97,9	85,4	86,1	100,1	100,3	55,6	164,2	45,1	132,9
	J	6 142		97,7		98,4		83,3		97,7		85,9		99,5		54,1		43,6	
	J	6 130		99,9		102,6		90,1		98,2		86,8		99,6		55,7		44,3	
	A	6 118	6 125	97,9	98,7	99,4	100,9	84,7	86,9	97,4	97,2	83,7	85,0	97,0	99,1	54,8	166,5	43,7	131,6
	S	6 112		98,2		100,7		85,9		95,9		84,5		100,8		56,0		43,7	
	O	6 101		100,5		103,0		87,0		97,6		83,9		100,0		55,0		44,3	
	N	6 093	6 097	100,8	100,7	104,3	103,7	86,4	87,0	96,8	97,4	83,5	84,4	96,8	99,1	56,4	168,5	45,9	134,9
	D	6 085		100,8		103,8		87,6		97,8		85,9		100,6		57,1		44,7	
2004	J	6 041		100,9		102,8		86,9		98,7		82,3		98,7		58,7		45,1	
	F	6 031	6 042	101,0	101,3	102,3	103,6	86,0	87,1	98,4	98,2	85,1	82,1	98,3	99,0	58,5	177,0	45,8	135,5
	M	6 024		102,0		105,8		88,4		97,6		79,0		99,9		59,7		44,6	
	A			103,5		107,0		89,5		99,3		78,5		98,9		62,5		46,8	
	M																		
	J																		
	J																		
	A																		
	S																		
	O																		
	N																		
	D																		

¹ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, dass sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davor liegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet.

² Außerdem arbeitstäglich bereinigt.

Deutschland**Ausgewählte saisonbereinigte Konjunkturindikatoren¹**

		Auftragseingang (Volumen) ²																	
		Arbeitslose		Offene Stellen		Verarbeitendes Gewerbe						Vorleistungsgüter- produzenten		Investitionsgüter- produzenten		Gebrauchsgüter- produzenten		Verbrauchsgüter- produzenten	
						Insgesamt		Inland		Ausland									
		in 1 000				2000 = 100													
		mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.
2002	J	3 969		471		95,7		93,8		98,0		93,9		96,6		94,1		100,2	
	F	3 963	3 964	474	473	95,0	96,5	91,9	93,5	98,9	100,4	95,2	95,5	94,5	96,8	94,7	95,1	97,9	100,7
	M	3 961		474		98,9		94,6		104,2		97,5		99,4		96,4		104,0	
	A	3 972		473		96,3		92,7		100,8		95,9		96,4		94,1		99,2	
	M	4 025	4 005	469	470	99,0	97,5	93,2	93,3	106,3	102,7	97,2	96,7	100,9	98,1	96,1	96,0	98,8	98,6
	J	4 075		463		97,2		93,9		101,2		96,9		97,2		97,9		97,9	
	J	4 091		450		97,6		93,9		102,1		96,8		98,7		90,7		98,6	
	A	4 109	4 100	442	446	97,8	97,7	93,8	93,7	102,8	102,7	96,5	96,9	99,5	98,9	91,8	91,2	97,3	98,7
	S	4 129		428		97,9		93,5		103,3		97,5		98,4		91,1		100,3	
	O	4 162		419		97,8		93,6		103,0		96,9		99,2		89,9		97,8	
2003	N	4 206	4 185	409	414	98,4	97,1	93,5	93,2	104,4	102,0	97,7	96,9	99,3	97,8	90,9	90,2	100,0	98,3
	D	4 247		401		95,3		92,7		98,4		96,1		94,8		89,8		97,0	
	J	4 312		392		98,1		93,3		104,1		97,6		99,3		89,1		98,4	
	F	4 360	4 330	379	386	98,5	97,0	94,9	92,9	103,0	102,0	96,8	96,4	100,5	98,3	88,0	87,5	100,0	97,2
	M	4 388		370		94,3		90,5		99,0		94,7		95,0		85,3		93,2	
	A	4 412		360		97,5		93,2		102,9		96,7		99,2		87,1		96,9	
	M	4 397	4 398	350	355	94,0	96,1	92,6	92,8	95,7	100,3	94,6	95,7	93,8	97,4	84,3	84,5	97,3	97,2
	J	4 377		342		96,9		92,7		102,2		95,8		99,1		82,0		97,5	
	J	4 395		345		97,2		92,7		102,8		97,3		97,8		90,0		97,1	
	A	4 407	4 398	339	341	96,6	97,5	91,6	92,7	102,7	103,4	97,1	97,6	97,0	98,4	85,1	87,7	97,7	96,4
2004	S	4 405		338		98,6		93,6		104,8		98,4		100,3		87,8		94,5	
	O	4 396		335		99,5		94,7		105,5		99,8		100,4		89,1		98,6	
	N	4 376	4 384	334	334	99,4	100,1	95,6	94,8	104,3	106,7	100,6	100,4	100,3	101,3	87,1	88,0	95,5	97,4
	D	4 351		328		101,2		94,1		110,2		100,8		103,2		87,9		98,2	
	J	4 304		315		99,3		94,7		105,1		100,6		100,0		87,4		95,0	
	F	4 302	4 314	300	307	100,0	100,7	94,5	95,6	106,9	106,9	101,7	101,9	100,7	101,8	87,2	87,5	94,3	95,2
	M	4 319		284		102,7		97,7		108,8		103,2		104,6		88,0		96,3	
	A	4 333		274		104,3		98,3		111,7		105,4		105,3		89,1		100,7	
	M	4 328		278															
	J																		
J																			
A																			
S																			
O																			
N																			
D																			

¹ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, dass sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davor liegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet.

² Außerdem arbeitstäglich bereinigt.